

Vor der Einigung Südslawiens und Griechenlands

höflichst gelesenen Fremdenhöflichkeit
abzulesen. Beide Schritte haben natürlich
engster Befolgung mit der in der letzten Zeit
Zweifel erfolgreichen Saltpolizist Italien
und werden ihre Rückmeldung auf die Pläne
nicht verfehlen. Welcher Art diese Wirkungen
werden, läßt sich noch nicht voraussagen. Aber
daß die jüngste Unternehmung des Reichs
durch die jüngsten unternommenen Schritte
mühen wird, bis auf weiteres jeder öffent-
lichen herausfordernden Haltung
Italiens auszuweichen. Durch diese sich
relativ nach dem Ausgange zwischen Mafiolini und
Tapi, bezogenen haben, demnach energischer für
die Zukunft der beiden Parteien, die sich
und im nahen Osten aufzutreten. Die neue Füh-
rer der Begleiter Außenpolitik bereits ein
siet dazu sein.

[illegible]

Vor Taschendieben wird gewarnt

Die Hand in der Leibertasche des anderen. — Taschendiebe mit krankhaften Neigungen. — Spezialitäten in der Gannerpraxis.

(Rachdruck verboten.)

Wie es Lebensdiebe gibt, die unter dem Banne einer krankhaften Veranlagung zur Kleptomanie Vergehen gegen das Eigentum ausüben, so gibt es auch krankhafte Reigungen, welche sonst völlig ehrliche und rechtliche Menschen zu Taschendieben machen. Die krankhafte Veranlagung, die hierbei in Frage kommt, ist freilich ganz anderer Art als die Kleptomanie: sie ist in einer sexuellen Entartung begründet.

Die Haftpflicht der Banken

Hat der Tresorinhaber Entschädigungsansprüche?

der Volksmund
menschliche Körper

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

Das Geheimniß der Macht der „Strahlenwerfer“, welches nur wenigen Menschen bekannt war, blieb das Privileg Amerikas und Deutschlands, da die



Industrie-Börse



2,40 Millionen Arbeitslose

Verlängerter Anstieg der Arbeitslosigkeit.
Vom 15. bis zum 31. Januar hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung einschließlich der Sonderfürsorge bei berufstätiger Arbeitslosigkeit um weitere 170.000 Personen oder 5,6 Prozent zugenommen. Die Steigerung ist also geringer als im Dezember, da in einer Reihe von Bezirken die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Sonderfürsorge bei berufstätiger Arbeitslosigkeit vorläufig nur gestützt werden konnte. Auch die Hauptunterstützungsempfänger in der Krankenversicherung haben weniger zugenommen als bisher. Ihre Zahl Ende Januar rund 146.000 Personen gegen 138.100 in der Mitte des gleichen Monats.

In 1000	1929	1928
Vollzeitarbeiter	1702	137
Krisen-Unterstützte	1029	138
1. Januar	2222	145
31. Januar	2222	145

In 1000	1928	1927
Vollzeitarbeiter	1030	108
Krisen-Unterstützte	1800	117
1. Dezbr.	1030	108
15. Dezbr.	1800	117

Pfandbriefumlauf Ende 1928: 7549 Mill.

Nach der mit ihren Einzelheiten zu veröffentlichen Statistik der Emissionen der Realredit-Institute hat der Dezember bei den Pfandbriefem einen Bruttozuwachs um 160,88 Mill. (November 91,86), bei den Kommunalobligationen einen solchen von 32,55, gegenüber Tilgungen von 21,76 (25,9) bzw. 55,3 (31) Mill. Da die Realredit-Institute mit März 1929 beginnen, läßt sich die eigentliche Jahreszunahme noch nicht angeben. Als Gesamtumsatz ausser der Kassen- und Liquidationswerte ergeben sich Ende 1928 7549 Mill. (November 7388,5). Der Umlauf ist also um 160,88 Mill. (November 91,86) zugenommen. Die Liquidationswerte nahmen erheblich zu (um 61,12 gegen 8,47 Mill.). Bei den einschlägigen Aufwertungsschuldschreibungen, von denen letztere 425,5 Mill. umfassen, war die Tilgung mit 17,6 Mill. größer als die Neuauflage von 5,19 Mill. Interessant ist die beschleunigte Tilgung der hypothekaren Bausparpapiere (seit Juli um 135 Mill. Zr.), nicht der kommunalen. Der Pfandbriefumsatz blieb nominell auf 3,63 Prozent im Durchschnitt.

Anleihen und Pfandbriefe.

8 prozentige Anleihe des Freistaats Braunschweig von 1929. Im Anzeigenteil wird in der Zeit vom 18. bis 26. d. M. zur Zeichnung auf 15 Mill. Zr. dieser Anleihe von einem Konsortium Preussische Staatsbank, Commerz- und Privatbank AG., Bank und Braunschweigische Staatsbank zum Preis von 98 1/2 Prozent aufgeführt; Zeichnungen mit 6 monatiger Verkaufssperre werden vorzugsweise berücksichtigt. Der Erlös dient insbesondere der Straßenbauten, zur Förderung des Wohnungswesens und zur Fortführung des Mittellandkanals. Die Tilgung erfolgt ab 1. April 1933 mit jährlich mindestens 2 Prozent vom Nennbetrage in längstens 21 Jahren; verstärkte Tilgung und Gesamttilgung ist frühestens zum 1. April 1935 zulässig. Das verbundene Staatsvermögen des Freistaats Braunschweig wird nach Abzug der Staatsschulden von etwa 80 Mill. RM. auf 270 Mill. RM. geschätzt und umfasst außer Beiträgen an Bergwerken, Salinen, Steinbrüchen 304.448 Morgen Forsten, sowie 68 Kammer- und Klostergründe (99.212 Morgen); der Wert der Staatsgüter, sowie das Vermögen der Staatsbank ist in der Reichsbankdiskont 6 1/2 Prozent.

dieser Schätzung nicht einbezogen. Die Zulassung der Anleihe an der Berliner Börse soll beantragt werden. Die letzte Braunschweigische Staatsanleihe wurde mit 8 Prozentigem Typ von 10 Mill. GM. im Herbst v. J. zu 94 1/2 Prozent aufgelegt.

Auslosungsvereinfachung auch bei der Thüringer Ablosungsanleihe. Ähnlich wie Mecklenburg-A.-V. von 3,6 Mill. Zr. die Thüringer Finanzministerium bekannt, daß bei der Auslosung von Ablosungsbeträgen Barzahlung an Stelle der Einreichung von Ablosungsscheinen erfolgt kann, so daß also nur die Auslosungsscheine einzureichen sind. Der Kurswert für die Ablosungsscheine richtet sich nach der Ablosungsanleihe der ungenutzten Reiches. Damit sind die Ablositzer, die ihre Ablosungsscheine verkauft haben, nicht zur Wiederbeschaffung bei der Auslosung gezwungen.

Banken und Kreditinstitute.

Deutsche Grundcredithank in Gotha. Der Aufsichtsrat der Deutschen Grundcredithank beschloß in seiner gestrigen Sitzung, der auf den 19. März nach Berlin einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent (d. V. 9 Prozent) vorzuschlagen. Gleichzeitig übernahm der Aufsichtsrat, von der Einbeziehung der Vorzugsaktien abzugehen.

Hannoversche Bodenkreditbank, Hildesheim. Der A.-R. schlägt der Generalversammlung laut Dr. Richter aus Hannover für 1928 auf das verdoppelte von 12 Prozent vor.

Aktiengesellschaften.

Eisenwerk, Schafstädt, Friedrich Schimpf & Söhne A.-G., Schafstädt. Dieses in Konkurs geratene Werk wurde von der Stadtgemeinde Schafstädt, gekauft. Die Stadt hat, wie man aus Hildesheim, Reflektanten an der Hand, die bereit sind, das Werk zu pachten oder sogar käuflich zu übernehmen. Auf jeden Fall soll der Betrieb fortgeführt werden.

Maschinenfabrik Franz Beyer & Co., Erfurt. Gläubigerversammlung. Aus einer Gläubigerversammlung, die am 18. Februar in der Maschinenfabrik Beyer & Co. in Erfurt stattfand, berichtet, soweit sich die Verhältnisse herausfinden lassen, seien erst 1928 aus Bestandsdaten und Garantien größerer Verluste zu veranschlagen. Vor allen Dingen seien aber die buchmäßigen Gewinne ständig durch Mehrrenten aus dem Verkauf von Maschinen und anderen Gegenständen, so daß sich in Wirklichkeit ständig steigende Gewinne ergäben. Da die vorhandene Masse gegenüber den Passiven von rund 500.000 RM. recht gering zu sein scheint und die persönlich haftenden Inhaber ihr Geld verloren haben, konnte ein Vergleichsvorschlag noch nicht gemacht werden. Ein vorläufiger Gläubigerausgleich, der sich aus Berliner und Erfurter Firmen zusammensetzt, plant ein Moratorium auf zwei Jahre. Darüber hinaus würde aber zur Aufrechterhaltung der Firma die Zuführung neuer Mittel notwendig sein.

Generalversammlungen.

Groß-Berliner Elektrizitäts-A.-G., Berlin. In der ordentlichen Generalversammlung vom 15. Februar wurde der Abschluß der einen Gewinn von etwa 4000 M. (d. V. 5335 M. Verlust) ausweist, genehmigt und der Verwaltung übergeben. Der Punkt der Tagesordnung „Beschlussempfehlung über eine Zusammenlegung des Aktienkapitals“ wurde nicht behandelt, da die damit verbundenen Satzungsänderungen, die einen formellen Fehler in der Einberufung abgibt.

Gewerkschaft Wintershall. Die Gewerkschaft beauftragte am 28. Februar eine ordentliche Generalversammlung nach Kassel ein, in der die Abschlüsse für die Geschäftsjahre 1927 und 1928 beschlossen werden sollen. Ferner sind die Grubenvorstände zu wählen und die Festsetzung der Vergütung für den Grubenvorstand vorgesehen.

Dividenden.
Union, Leipziger Prefabrikat u. Brennerie A.-G., Leipzig. Der A.-R. schlägt wieder 10 Prozent Dividende bei größten Abschreibungen vor. (A.-R. 120 Mill. St.-A.) Auch das laufende Geschäftsjahr habe sich befriedigend angelaufen.

Rauchwaren Walter A.-G. in Markranstädt. Nach einer Meldung des DHD, wird die Dividende für das am 31. Dezember abgelaufene Geschäftsjahr 1928, die die Verwaltung noch vor kurzem auf 6 Prozent wie im Vorjahr geschätzt hatte, in dieser Höhe nicht zur Ausschüttung gelangen können. Man rechnet vielmehr angesichts der ungünstigen Lage in der Rauchwarenindustrie mit einer Dividendenreduktion.

Postschekverkehr im Januar. Der Umsatz im Postschekverkehr belief sich im Januar auf 62.51 (62.94) Millionen Buchungen oder 18.178.0 (18.227,0) Mill. M., wovon 10.699,3 (958,9) Millionen barlos beglichen wurden. Das Geschäft war zu Monatsende 562,9 (708,0) Millionen, der Monatsdurchschnitt 645,4 (643,3) Millionen. Im Oberschekverkehr mit dem Ausland waren 15,5 (15,2) Millionen umgesetzt. Die Zahl der Postschekkonten erhöhte sich auf 959.911 (949.294).

Börsen, Devisen, Märkte

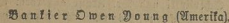
Anteilige Devisenkurse.

Ohne Gewähr	(In Reichsmark)		Ohne Gewähr.		
	19. 2.	18. 2.	19. 2.	18. 2.	
Puenos 1 Peso	1.708	—	Jagosl 100 D.	7.395	7.388
Japan 1 Sen	2.013	2.003	Kopenh 100 Esc	112.18	112.58
London 1 Pfd	2.076	2.068	Kopenh 100 Esc	18.56	18.56
Paris 1 Pfd	18.56	18.56	Paris 100 Kr.	18.425	18.425
Newyork 1 Doll	4.270	—	Paris 100 Kr.	18.425	18.425
Paris 1 Pfd	0.0015	0.0015	Schweiz 100 Fr.	90.00	86.85
Amsterd 100 Gld	1.982	1.982	Polen 100 Lira	3.026	3.008
Br 100 Drcbm	5.435	5.435	Stockh 100 Pcs	112.42	112.47
Guth 100 Belg	5.435	5.435	Stockh 100 Pcs	112.42	112.47
Gold 100 Gold	81.96	81.94	Wien 100 Pcs	90.00	90.00
Gold 100 Gold	81.96	81.94	Wien 100 Schill.	59.285	59.32
Italien 100 Lire	22.275	22.275			

Messgenauigkeit: Für den schiefgepalzten Millimeterraum 10 μ ; im
 Messbereich 40 μ ; für Schiefenkanäle und Nachmessungen
 20 μ Auslieferung des Messers extra - 9 Abakt nach Kart.-
 Preisverzeichnis ohne Verbindlichkeit. Messgenauigkeit wird berechnet.
 Schluß der Messaufnahme 9 Uhr vormittag 20.
Hauptgeldeäftsstelle Merzbach, 41. Ritterstraße 3.
 Fernruf: Geschäftszeitung 323, 324. Geldgeschäfte 325,
 Gold-Edelstein: Leipzig 390 70.
Zweigstelle Leuna: Induftrier 1.

55. Jahrgang

Interessenpolitik oder Allgemeinwohl?



Am weitern Verlaufe der Verhandlungen beantragten die Westmächte immer das politische Ziel, die Errichtung einer europäischen parlamentarischen Regierungsgestalt in Anbetracht als allgemeine Garantie der Freiheit und der Unabhängigkeit der Völker. Die Westmächte verlangten, daß die kaiserliche Regierung die folgenden Punkte ausfüllen sollte:

1. Die kaiserliche Regierung solle sich zunächst gegen eine kommunalistische Forderung, einen solchen europäischen Bund, der die Freiheit der Völker zu garantieren hätte, ablehnen.

2. Auch der sozialistische Antrag wurde von Deutschland außerhalb des Kreises der alliierten Staaten gestellt. Deutschland behauptete, guter und besser sei, wenn die Sozialisten sich nicht an der europäischen Bewegung beteiligten.

3. Nach längerer Aussprache wurde die Frage des politischen Ziels mit den gestellten Anträgen einem Ausschusse übergeben, der die folgenden Punkte zu erörtern hatte:

a) Der Antrag, eine Einschränkung der Presse- und Versammlungsfreiheiten in Bagatellfällen zum Ziele zu nehmen.

b) Eine weitere Verminderung wurden in der Hinsicht der Freiheit der Meinungen. Am Schlußwort wurde die Redezeit fortgesetzt.

beders wisse, daß er ungeschädig zu fünf Monaten
befristet wurde und flehe auf dem
Standpunkt, daß, nachdem sein
der Regierung zur Verhängung übergeben
da, die zur Vollstreckung der Straf nicht mehr
erzucht sei. Seine Überzeugung, daß Urteil des
Schwurgerichts Weimar stelle einen Rechtsbruch dar,
werde weit über Deutschlands Grenzen hinaus den
der öffentlichen Meinung geteilt. Frieders sei fest
überzeugt, sich seinen Mitbürgern zu stellen, aber ebenso
überzeugt, daß dazu entschlossen, der thüringischen
Regierung durch die Verhängung des Urteils die
Gelegenheit zur Vollstreckung des Urteils nicht
erteilt zu geben. Der Kommissar, der das Urteil
wurde mit unheimlicher Energie in der Ver-
handlung

nur im Laufe des Abends das Enlassungsgesuch eingereicht und auch von den zuständigen Stellen genehmigt. Demnach wird also nun das schwebende Disziplinerverfahren sofort niedergezogen werden. Kulturrat R. Löwenstein brachte bei der Regierung die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Regierung auf Grund des § 67 des Beamtenbeurlaubungsgesetzes der Familie Dr. Friebers im Falle der Bedürftigkeit die Hälfte des Ruhegehalts zubilligen werde. Aber dieselbe Frage ist noch keine Entscheidung getroffen.

einen Nationalismus bedeuten würde. „Es wird“, wie Landrock
Guske vor kurzem an dieser Stelle betonte, „angestrebt werden müssen, daß den Belangen der
in den Landkreisen wohnenden Bevölkerung in der Provinz Sachsen bei den kommenden Ent-
scheidungen über Verfassungs- und Verwaltungs-
fragen eine erheblich größere Rücksicht zugewandt
wird, als bisher“.